

Kritik am Pflege-TÜV wächst

Caritas-Träger hat Klage eingereicht / Experten decken Mängel auf

Die Kritik an den im Internet veröffentlichten Prüfberichten über Pflegeheime reißt nicht ab. Als einer der großen Träger von stationären Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen hat die CBT (Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft) mit Sitz in Köln Klage gegen das sogenannte Transparenz-Verfahren und die Veröffentlichung von Prüfergebnissen erhoben. Kritik kommt auch von Sozialverbänden und Verbraucherschützern, während die Kassen das Verfahren grundsätzlich verteidigten.

Die CBT strebt nach eigenen Angaben mit der Grundsatzklage eine sozialrechtliche Überprüfung des Prüf- und Transparenzverfahrens an. Gegen die Veröffentlichung der Transparenzberichte ist sie mit einstweiligen Verfügungen vorgegangen.

Die Prüfergebnisse bildeten die tatsächliche Qualität der Pflege nicht hinreichend ab, erklärte die CBT. Die Bewertungsmaßstäbe und die Prüfkataloge stünden „fachlich betrachtet auf äußerst unsicheren Füßen“, sagte CBT-Geschäftsführer Franz-Josef Stoffer. Das tatsächliche Leben, die Zuwendung zu den Bewohnern oder die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Bewohnern würden nicht durch einen Prüfkatalog und erst recht nicht durch eine Note abgebildet, sagte er. Auch die geforderte Dokumentation überschreite das Maß des vertretbaren und sei ein unverantwortlicher und in keiner Weise

effizienter Einsatz von Ressourcen.

„Der Prüfkatalog geht nur nach sehr formalen Kriterien vor. Die Menschen schaut man gar nicht an“, kritisierte der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes. Es zeige sich, so Meiwes, dass der Subjektivität der Prüfer Tür und Tor geöffnet seien und es keine objektive Bewertung gebe. Er verwies auf ein Beispiel aus dem Kreis Steinfurt: zwei direkt nebeneinanderliegende Altenheime, gleicher Träger, eine gemeinsame Leitung, gleiches Konzept. Das Essen kommt aus einer gemeinsamen Küche und erhält von dem einen MDK-Prüfer ein „Sehr gut“, von dem anderen ein „Mangelhaft“. Auch bei weiteren Prüfkriterien gibt es bei identischen Antworten diesen Notenspagat.

„Mit heißer Nadel gestrickt“

Ein weiteres Beispiel stammt aus dem Bistum Aachen: So hat ein Altenheim seit vielen Jahren ein funktionierendes Beschwerdemanagement, die Beschwerden werden nachweislich zur Zufriedenheit aller Beteiligten bearbeitet, aber eine statistische jährliche Auswertung der Beschwerden konnte nicht vorgelegt werden. Die Prüfer werteten das so, als ob es in besagter Einrichtung kein Beschwerdemanagement gäbe. Gute Teilergebnisse fließen also oft nicht in die Bewertung ein. Wird ein Teil eines Prüfkriteriums nicht erfüllt, dann wird es insgesamt als nicht erfüllt bewertet. Dieses Verfahren der Gesamt- und Durchschnittsbewertung lasse kein wirkliches Bild zu, kritisieren Fachleute. Nach Ansicht der Caritas Münster muss an der Notenfindung noch gearbeitet werden, der Prüfkatalog sei zu sehr mit „heißer Na-

del gestrickt“. CBT-Geschäftsführer Stoffer geht noch einen Schritt weiter: „Über Sinn und Unsinn von Noten für die Pflege sollte noch einmal grundsätzlich nachgedacht werden“, fordert er. ◀ *M. L.*

Politisches Frühjahrsfest

Landtagswahlkampf: Caritas fordert soziales Profil für NRW

Die Landtagswahl in NRW am 9. Mai 2010 wirft ihre Schatten voraus. Früher als von einige Parteien geplant, gewinnt die Auseinandersetzung zwischen den Programmen der Parteien und den politischen Köpfen an Dynamik. Auch die Wohlfahrtsverbände mischen sich in den Landtagswahlkampf ein. Gilt doch die Landtagswahl als ein besonderes Ereignis für unser Land. Die Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn machen dies zum Anlass, Bürger, Politiker und Verantwortliche aus der Caritas zu einem

**„Politisches Frühjahrsfest“
am 25.04.2010, 14.00–17.30 Uhr
in Dortmund (Westfalenpark)**

einzuladen. Geplant ist eine Veranstaltung mit Frühjahrsfestcharakter, in der die Caritasfamilie in NRW gemeinsam für ein soziales NRW eintritt. Ausgewählte attraktive Szenen aus der praktischen sozialen Arbeit sollen mit kurzen, prägnanten Aussagen aus Politik und Caritas verbunden werden. Die Veranstaltung findet unter dem „Sonnensegel“ im Westfalenpark statt. Informationen über die Diözesan-Caritasverbände. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



NRW: Wahlkampf-Thema Armut

Wohlfahrtsverbände befürchten Sozialkürzungen für Steuersenkungen

Die Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen fordern von der FDP verlässliche Aussagen über ihre sozialpolitischen Ziele für die Zeit nach der Landtagswahl. „Die Attacken von Guido Westerwelle lassen uns vermuten, dass er den medialen Boden bereiten will für massive Sozialkürzungen, um seine Steuersenkungen zu finanzieren“, befürchtet der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG) in Nordrhein-Westfalen, Andreas Meiwes.

Bei Hartz IV gehe es aber um die Sicherung des Existenzminimums, betonte Meiwes. „Das kann nicht einmal die FDP mehr guten Gewissens nach unten drücken, wenn sie auch nur ein Fünkchen Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen und auf dem Boden des Grundgesetzes bleiben will.“

Er sorge sich ernsthaft um das Bild, das Deutschland im Ausland abgebe. „Während die Europäische Union 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt, spricht ausgerechnet der deutsche Bundesaußenminister von spätromischer Dekadenz.“ Nicht Armut sei dekadent, sondern „der Zynismus, mit dem Arme

diffamiert werden und die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben wird“, betonte Meiwes.

Der LAG-Vorsitzende wies darauf hin, dass beim derzeitigen Niedriglohnniveau in Deutschland die Zahl der „Hartz-IV-Aufstocker“ immer mehr ansteige. Das sind Erwerbstätige, die neben ihrem Lohn auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen sind. Es sei ein Skandal, Langzeitarbeitslose undifferenziert als arbeitsunwillig und faul zu bezeichnen, sagte Meiwes. „Das ist genauso unwahr wie die Aussage, alle FDP-Politiker seien Steuerhinterzieher, nur weil einige von ihnen wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurden“, betonte er.

„Wir müssen das soziale Profil unseres Landes erhalten und schrittweise sogar verbessern“, forderte der LAG-Vorsitzende. Hartz IV habe „Fordern und Fördern“ versprochen, „das Fördern ist jedoch zu

kurz gekommen“, sagte er. Die Freie Wohlfahrtspflege spreche sich für eine öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Beschäftigung als ein Instrument wirksamer Arbeitsmarktintegration aus.

40 sozialpolitische Fragen hat die LAG an politische Parteien in Nordrhein-Westfalen



geschickt mit der Bitte, Antworten zu geben und Lösungen für „ausgewählte und aktuell besonders dringliche Handlungsbedarfe“ zu skizzieren. Die Wohlfahrtsverbände fragen jetzt die Parteien beispielsweise, was sie konkret im Falle einer Regierungsbeteiligung tun werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebenschancen für alle Menschen in NRW herzustellen. Gefragt wird auch nach der Finanzausstattung der Kommunen, nach landeseinheitlichen Elternbeiträgen für Kindergärten und Qualität und Finanzierung von Schulkinderbetreuung und Bildungschancen.

Es müsse oberstes Ziel verantwortlicher Politik bleiben, den Menschen in diesem Land gleiche und gerechte Lebenschancen zu bieten, sagte der LAG-Vorsitzende Andreas Meiwes in Essen. „Unsere Initiative erfolgt aus der großen Sorge heraus, dass die soziale Infrastruktur aufgrund der sich ab-

Caritas begrüßt Hartz-IV-Urteil

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Neu-Berechnung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II ist von der Caritas begrüßt worden.

Das Gericht habe „in deutlichen Worten klargestellt, dass die geltenden Berechnungsgrundlagen der Regelsätze weder für Erwachsene noch für Kinder geeignet sind, eine realitätsgerechte Existenzsicherung zu gewährleisten“, sagte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. „Es ist ein guter Tag für unser Land und eine Entscheidung für die Menschen, dass nun von höchster Stelle gesagt wurde: Die bisherigen Regelsätze sind nicht recht, nur billig“, betonte Hensel.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sieht der Diözesan-Caritasverband Münster als Aufforderung an die Bundesregierung, bis Ende dieses Jahres eine verfassungsfeste Neureglung der Kinder-Regelsätze vorzulegen. Zu begrüßen sei an dem Urteil der Verfassungsrichter vor allem, dass damit „der besondere Bedarf der Kinder unabhängig von den Sätzen Erwachsener anerkannt wird“, erklärte Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Bisher hätten die Sätze weder beispielsweise den Mehrbedarf an Kleidung aufgrund des Wachstums noch Materialien für die Schule enthalten.

Die Caritas habe immer wieder geklagt, dass die Berechnungsgrundlagen eher Schätzungen seien, die „ins Blaue laufen“, erklärte der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Insbesondere die Mahnung der Richter, dass die Kriterien zur Höhe der Leistungen transparent sein müssten, entspreche der Auffassung der Caritas. „Man kann Fragen, bei denen es um die Existenz geht, nicht allein Bürokraten am grünen Tisch überlassen“, betonte Lüttig. Die Kriterien zur Höhe der Leistungen müssten von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen sein. ◀

zeichnenden katastrophalen Haushaltssituation der öffentlichen Hand massiv abgebaut werden könnte“, sagte Meiwes. ◀ M. L.

Gelsenkirchen wehrt sich

Gelsenkirchen – Eine gerechte Lastenverteilung zwischen armen und reichen Städten fordert jetzt auch ein Bündnis „Gelsenkirchen wehrt sich“, das die Wohlfahrtsverbände ins Leben gerufen haben. Adressaten des Aufrufs sind der nordrhein-westfälische Landtag sowie der Bundestag. Kernforderung: „Gleiche Lebenschancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.“ Im Aufruf heißt es: „Die AG Wohlfahrt sieht Gelsenkirchen in einer von der Stadt unverschuldeten Haushaltsnotlage und befürchtet gravierende Folgen für die Bürger.“ Die Wohlfahrtsverbände beklagen, dass sich in Nordrhein-Westfalen die Schere zwischen armen und reichen Städten immer weiter öffne. Die Verbände fordern, die Altschulden der Kommune abzulösen und die Belastungen durch den Fonds deutsche Einheit zu reduzieren. ◀ *cde*

Krankenhäuser testen neues Abrechnungssystem

Schwerte – Seit Anfang des Jahres testen die ersten Krankenhäuser ein neues Abrechnungssystem für hochaufwendige Pflege einzelner Patienten. Die Caritas spricht sich von dem sogenannten

„OPS 2010 Pflegekomplexmaßnahmen-Score – PPR A4“ eine Stärkung der Pflege. Unabhängig von der Diagnose sollen die Kliniken bei Patienten, bei denen der Aufwand weit über die in den Fallpauschalen vorgesehenen Zeiten hinausreicht, zusätzliche Leistungen abrechnen können. Der Pflegekomplexmaßnahmen-Score wird jetzt in den Krankenhäusern eingeführt, um ihn ab 2012 in das Abrechnungssystem zu übernehmen. Abgerechnet werden kann der zusätzliche Aufwand in eng definierten Grenzen zum Beispiel für schwergewichtige oder demenzkranke Patienten, die besonders zeitintensiv betreut werden müssen. ◀ *cpd/cpm*

Caritas Aachen für Pflegezeit

Aachen – Der Caritasverband für das Bistum Aachen unterstützt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), einen Rechtsanspruch auf eine zweijährige Pflegezeit für Angehörige zu geben. Dies sei ein „längst fälliger Schritt in die richtige Richtung“, teilte der Verband mit. Allerdings müsse der Vorschlag noch konkretisiert werden. Nicht jeder könne auf 25 Prozent seines Einkommens verzich-

ten, hier seien für den Niedriglohnsektor einkommensabhängige Staffellungen zu entwerfen. Ähnlich wie bei der Erziehungszeit für Kinder müsse zudem eine Regelung geschaffen werden, die auch Männern die Pflegezeit attraktiv mache. Der Caritasverband forderte, Arbeitgeber und Bund bei der Finanzierung nicht aus der Verantwortung zu entlassen, weil es sich um eine Anfrage an die gesamtgesellschaftliche Solidarität handle. ◀

Diakonie siegt gegen ver.di

Im Gerichtsprozess um Streik und Aussperrung zwischen der Diakonie und ver.di hat das Arbeitsgericht Bielefeld den kirchlichen „Dritten Weg“ bestätigt. Streik und Aussperrung stehen danach im Widerspruch zum kirchlich-diakonischen Selbstverständnis, teilte die Diakonie RWL mit. Die Streikaufrufe der Gewerkschaft ver.di in diakonischen Einrichtungen im Herbst letzten Jahres seien unzulässig gewesen und dürften künftig nicht wiederholt werden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Streiks und Aussperrungen sind im kirchlichen Arbeitsrecht, das auf dem grundgesetzlich geschützten kirchlichen Selbstbestimmungsrecht fußt, untersagt. ◀

Missbrauch in Behindertenheim

Schwere Verfehlungen in den 50er- und 60er-Jahren aufgedeckt

Schwere Vorwürfe erheben ehemalige Heimkinder des Franz-Sales-Hauses in Essen. Sie berichten von Schlägen, Zwangsjacken, Demütigungen und sexuellem Missbrauch. Einige der ehemaligen Bewohner, die als Kinder in den 60er-Jahren in der Einrichtung lebten, wollen jetzt vor Gericht klagen. Auch sind Forderungen nach finanzieller Entschädigung erhoben worden – zwischen 50.000 und 200.000 Euro je Fall.

Günter Oelscher, seit 2002 Direktor des Franz-Sales-Hauses, hält die Vorwürfe für glaubhaft und sprach den Betroffenen sein tiefes Mitgefühl für das erlittene traumatische Unrecht aus. „Ich bin über die Vorwürfe äußerst bestürzt“, sagte er. „Wir fragen uns heute, wie das damals geschehen konnte.“ Der Direktor versicherte, dass die Vorfälle aufgearbeitet werden: „Wir gehen den Vorwürfen mit aller Entschiedenheit, Offenheit und ohne Rücksicht gegenüber

den Verantwortlichen nach. Die Vorwürfe sollen durch ein neutrales Institut geprüft, aufgearbeitet und die Ergebnisse offengelegt werden.“ Oelscher hatte sich vor Jahren für die Erhaltung des alten Aktenmaterials eingesetzt und ein historisches Archiv eingerichtet. Damit hat er die Grundlage für eine wissenschaftliche Aufarbeitung gelegt. Der Vorstand, die Geschäftsführung und die Mitarbeitenden des Franz-Sales-Hauses bedauern das geschehene Unrecht zutiefst.

Durch die systematische Aufarbeitung können Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden, damit in der Einrichtung nie wieder solche Vorfälle passieren können. Auch die Oberin des Ordens der „Barmherzigen Schwestern von der heiligen Elisabeth“ räumte gegenüber der Tageszeitung NRZ die lang zurückliegenden Verfehlungen ihrer Mitschwestern ein. Die NRZ hatte auf der Grundlage von Berichten und Aussagen von Betroffenen berichtet, Ordensschwestern hätten in den 60er-Jahren viele Bewohner des Franz-Sales-Hauses jahrelang teilweise massiv körperlich misshandelt. Vergewaltigungsvorwürfe richteten sich gegen Erzieher. Die Betroffenen berichten, noch heute unter den Folgen zu leiden. Im Franz-Sales-Haus waren damals behinderte Kinder und Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen untergebracht. ◀ *M. Lahrman*



Lichtblicke sagt Danke: „Wir in NRW helfen uns“

„Wir in NRW helfen uns.“ Martin Kunze, stellvertretender Vorsitzender der Aktion Lichtblicke, brachte auf den Punkt, was beim Dankempfang der Aktion Lichtblicke im Rathaus in Münster offensichtlich wurde.

Von Schülern der Marienschule bis zum Vorstandsvorsitzenden der neuen Targo-Bank reichte der Bogen der Initiativen, denen Schirmherrin Angelika Rüttgers für ihr Engagement dankte. Die einen hatten 150 Euro gesammelt, andere konnten 20.000 Euro an die Aktion der NRW-Lokalradios mit Diakonie und Caritas überweisen. Aber alle haben gezeigt, „dass die Menschen in NRW ein Herz für ihre Nachbarn haben“, sagte Rüttgers. 80 000 Menschen hat die vor elf Jahren ins Leben gerufene Aktion mittlerweile helfen können. Die zum Empfang eingeladenen Gruppen standen stellvertretend für die vielen Initiativen in NRW, die mit kreativen Ideen die Spendensumme zusammentragen, die im letzten Jahr auf rund 3,2 Millionen Euro gestiegen ist. Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann betonte, dass es wenige Netzwerke dieser Art gebe, die bei Einzelschicksalen helfen. Umgekehrt sind es die Bürger in NRW, die mit vielen kleinen Spenden für die große Summe sorgen. Zunehmend, so Martin Kunze, sind darunter auch ehemalige Empfänger der Hilfe. ◀

Foto oben:

Die Kita Dinkelnest (Gronau) hat Plätzchen gebacken und verkauft – 700 Euro Erlös für Lichtblicke. „Danke“ sagt auch Schirmherrin Angelika Rüttgers (Mitte). Foto: Vorwerk

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,

Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de, Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Monika Heinemann, Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527